

Gemeindeversammlung vom Mittwoch, 20. November 2013, 20:15 Uhr

Kurzprotokoll

1. Wahl der Stimmzähler

Als Stimmzähler wurden gewählt:

- Rosa Waser, Wilstrasse 35, 6370 Oberdorf
- Peter Amstutz, St.-Heinrich-Strasse 28, 6370 Oberdorf
- Christoph Baumgartner, Rossiweg 13, 6382 Büren

2. Antrag des Gemeinderates um Zustimmung zum Feuerschutzreglement (FSR)

Das Feuerschutzreglement wurde diskussionslos genehmigt.

3. Antrag des Gemeinderates um Zustimmung zum Feuerwehrentschädigungsreglement (FER)

Das Feuerwehrentschädigungsreglement wurde ohne Diskussion genehmigt.

4. Beitragsgesuch der Schützengesellschaft Büren-Oberdorf um Entrichtung eines Gemeindebeitrages von CHF 30'000.00 für die Sanierung der Trefferanzeige-Anlagen

Adolf Lussi, Riedenstrasse 40, 6370 Oberdorf, Präsident der Schützengesellschaft Büren-Oberdorf erläuterte den Antrag der Schützen. Er bat die Stimmbürger, dem Gesuch zuzustimmen.

Dem Beitragsgesuch der Schützengesellschaft Büren-Oberdorf wurde zugestimmt.

5. Antrag des Gemeinderates um Zustimmung zur Gesamtrevision der Gemeindeordnung (GO) der Politischen Gemeinde Oberdorf

Daniel Daucourt, Schinhaltenstrasse 8, 6370 Oberdorf stellte einen Abänderungsantrag im Zusammenhang mit der Häufigkeit der Gesamterneuerungswahlen (Art. 10) des Gemeinderates. Er schlug vor, die Wahlen alle 4 Jahre durchzuführen und nicht alle 2 Jahre. Dem Gemeinderat bleibe so mehr Zeit zum Arbeiten, begründete Daniel Daucourt.

Stefan Bossard, Wilmatt 12, 6370 Oberdorf würdigte den Antrag von Daniel Daucourt, gab aber zu bedenken, dass die hälftige Wahl alle zwei Jahre den Vorteil hat, eher Kandidaten zu finden. So müssten für den Regierungs-, Land-, Schul- und Gemeinderat nicht gleichzeitig Kandidaten gesucht werden. Stefan Bossard appellierte an die Stimmberechtigten, dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen.

Gemeindepräsidentin Karin Kayser-Frutschi liess über den Abänderungsantrag von Daniel Daucourt und den Hauptantrag des Gemeinderates abstimmen. Auf den Hauptantrag entfielen mehr Stimmen als auf den Abänderungsantrag.

Dem Hauptantrag wurde zugestimmt.

Armin Odermatt, Bueholzstrasse 4, 6382 Büren stellte einen Abänderungsantrag im Zusammenhang mit der Finanzkompetenz (Art. 12) des Gemeinderates. Er war der Ansicht, man solle alle frei bestimmbaren, einmaligen Ausgaben auf CHF 30'000.00 beschränken und alle frei bestimmbaren, jährlich wiederkehrenden Ausgaben auf CHF 5'000.00.

Daniel Daucourt, Schinhaltenstrasse 8, 6370 Oberdorf stellte den Antrag die Finanzkompetenzen (Art. 12) des Gemeinderates wie folgt abzuändern: Die einmaligen Ausgaben sollen CHF 30'000.00 betragen und die jährlich wiederkehrenden Ausgaben CHF 7'500.00.

Gemeindepräsidentin Karin Kayser-Frutschi liess zuerst über die Anträge von Armin Odermatt und Daniel Daucourt abstimmen. Der Antrag von Armin Odermatt wurde mit der Mehrheit der Stimmen angenommen. Dann liess die Gemeindepräsidentin die anwesenden Stimmbürger über den Hauptantrag des Gemeinderates und den zuvor angenommenen Antrag von Armin Odermatt abstimmen. Dem Hauptantrag wurde zugestimmt.

Die Gesamtrevision der Gemeindeordnung wurde gemäss Antrag des Gemeinderates angenommen.

6. Antrag der CVP Oberdorf zur Ausarbeitung einer Gemeindeordnung im Sinne einer Einheitsgemeinde

Daniel Daucourt, Schinhaltenstrasse 8, 6370 Oberdorf stellte den Antrag auf Nichteintreten. Es gäbe keine Gründe die Schulgemeinde in die Politische Gemeinde zu integrieren, begründete er seinen Vorschlag.

Martha Imboden, Engelbergstrasse 71, 6370 Oberdorf stellte ebenfalls den Antrag auf Nichteintreten. Sie wollte keine Einheitsgemeinde.

Gemeindepräsidentin Karin Kayser-Frutschi liess die versammelten Stimmberechtigten über den Antrag diskutieren und danach auf Annahme abstimmen.

Stefan Bossard, Wilmatt 12, 6370 Oberdorf sprach sich für das Eintreten des Antrags aus. Kein Entscheid sei schlimmer als ein falscher Entscheid.

Die Abstimmung ergab folgendes Ergebnis. Dem Antrag wurde nicht zugestimmt. Eintreten war beschlossen.

Beat Odermatt, Ober Hostatt, Waltersbergstrasse 9, 6370 Oberdorf erläuterte als Präsident der CVP Oberdorf, weshalb die Ortspartei den Antrag zur Ausarbeitung einer Gemeindeordnung im Sinne einer Einheitsgemeinde gestellt hatte.

Josef Zelger, Huebstrasse 8, 6370 Oberdorf stellte den Antrag auf Ablehnung. Da in der Schule alles bestens funktioniere, müsse man auch nichts daran ändern. Die Schule Oberdorf stehe heute hervorragend da und müsse nicht zu einer Einheitsgemeinde gemacht werden.

Benno Odermatt, Allmendstrasse 31, 6382 Büren sprach sich ebenfalls für den Antrag auf Ablehnung aus. Der derzeitige Schulpräsident begründete seinen Vorschlag mit der Tatsache, dass die Schule Oberdorf über Jahrzehnte gute Arbeit geleistet hatte und sich so einen hervorragenden Namen im Kanton erarbeitet hatte. Weshalb sollte man ein funktionierendes System ändern? Im Moment gäbe es gar keine Gründe dem Antrag der CVP zuzustimmen.

Kurt Odermatt, Haldenweg 5, 6382 Büren vertrat im Namen der SVP Oberdorf die Meinung, dass eine Einheitsgemeinde keine finanziellen Vorteile bringe. Es bestehe kein Zeitdruck. Die Zeit könne man nutzen um in den anderen Nidwaldner Gemeinden zu beobachten, wie sich die Einheitsgemeinden entwickeln.

Daniel Daucourt, Schinhaltenstrasse 8, 6370 Oberdorf teilte im Namen der Grünen Oberdorf mit, dass es keinen Grund gebe die Schulgemeinde in die Politische Gemeinde zu integrieren. Er forderte die Stimmbürger auf, den Antrag abzulehnen.

Landrat Joseph Niederberger, Wilmatt 8, 6370 Oberdorf verstand die Ängste der Gegner. Er machte aber darauf aufmerksam, dass von den fünf Schulräten vier zurücktreten und gleichzeitig eine Gesamtrevision der Gemeindeordnung vorgenommen wird. Dies sei ein optimaler Zeitpunkt um einen Antrag in Richtung Einheitsgemeinde gutzuheissen. Mit dieser Begründung forderte Joseph Niederberger die Stimmbürger auf, dem Antrag zuzustimmen.

Gemeindepräsidentin Karin Kayser-Frutschi stellte fest, dass von Josef Zelger und Benno Odermatt je ein Verwerfungsantrag vorlag. Sie stelle den Hauptantrag dem Verwerfungsantrag gegenüber und beide Anträge wurden ausgezählt. Der Hauptantrag wurde gegenüber dem Verwerfungsantrag abgelehnt.

Der Antrag der CVP Oberdorf zur Ausarbeitung einer Gemeindeordnung im Sinne einer Einheitsgemeinde wurde abgelehnt.

7. Budget 2014

- 7.1 Erläuterungen des Budgets und Antrag der Finanzkommission
- 7.2 Genehmigung

Die Gemeindeversammlung beschloss, dem Budget 2014 zuzustimmen.

8. Festsetzung des Steuerfusses 2014 für natürliche Personen

Der Steuerfuss der Politischen Gemeinde Oberdorf für das Jahr 2014 wurde für die natürlichen Personen auf 0.25 Einheiten festgelegt.

Schluss der Versammlung 22:00 Uhr